

Musikschule soll zurück in die Kreishoheit

Sonderausschuss gibt Empfehlung

VON DORIS STEINKRAUS

Seelow/Strausberg (MOZ) Am Dienstagabend ist im Sonderausschuss „Musikschule“ des Kreistages ein seit Wochen mit Spannung erwartete Empfehlung verabschiedet worden. Die Abgeordneten plädierten mehrheitlich für eine Rückführung in die Hoheit der Kreisverwaltung.

Ein Aufatmen ging durch die Reihen der vielen Gäste der Beratung des Sonderausschusses „Musikschule“. Seit Monaten gibt es viel Unruhe, besorgte Anfragen von Eltern und kritische Hinweise von Fachleuten, unter anderem vom Musikschulverband des Landes.

„Der Sonderausschuss hat mehrheitlich eine Empfehlung beschlossen“, informierte Ausschussvorsitzender Moritz Felgner (SPD). „Wir plädieren dafür, die Einrichtung wieder zurück in die Hoheit der Kreisverwaltung zu führen.“ Der Landrat soll beauftragt werden, bis zum Jahresende ein Eingliederungskonzept zu erstellen. Zum 1. Januar 2017 soll dann die Kreismusikschule wieder zum direkten Aufgabenbereich der Kreisverwaltung gehören.

Ein halbes Jahr lang habe sich der Sonderausschuss mit der Thematik beschäftigt und die verschiedenen Modelle beraten, so Felgner. „Die Mitglieder haben das Modell eines Trägerwechsels abgelehnt.“

Der Hintergrund: Die Kreismusikschule wurde mit Bildung der Kultur gGmbH deren Bestandteil. Nach jahrelangen Diskussionen um die Finanzierung hatte der Landkreis ein externes Büro mit der Analyse des Unternehmens beauftragt. In dessen Ergebnis war im Dezember 2013 durch den Kreistag beschlossen worden, die Kultur gGmbH aufzulösen. Das sollte eigentlich schon zum 1. Januar 2016 geschehen sein. Der Beschluss sah die Rückführung der Kreismusikschule in die Kreisverwaltung vor.

Landrat Gernot Schmidt (SPD) hatte ungeachtet dessen im Sommer 2015 ein Interessenbekundungsverfahren mit dem Ziel eines Trägerwechsels eingeleitet. Dafür gab es im Kreistag vor allem von der Opposition viel Kritik.

„Die Ausschreibung zu diesem Verfahren war auf die Musikschule Hugo Distler und deren Förderverein zugeschnitten“, sagt Frank Tischendorf, Vorsitzender der Elternvertretung der Kreismusikschule. Der Landrat habe das Verfahren über den Kreistag hinweg vorbereitet. Bis heute bleibe er die Antwort auf die Frage schuldig, warum der Beschluss von 2013 nicht umgesetzt wird. Tischendorf hatte wiederholt im Kreistag die Umsetzung gefordert. Dies auch vor

dem Hintergrund, dass schon jetzt der kreisliche Zuschuss für die Musikschule gerade mal bei 40 Prozent liegt. „Der Durchschnitt in anderen

Landrat kündigt einen Gegenbeschluss für Sitzung im September an

Kreisen beträgt 54 Prozent“, so der Elternvertreter. Damit werde gesichert, dass Kinder mit sozialverträglichen Beiträgen Instrumente erlernen können. Die Musikschule betreut 2000 Schüler im gesamten Kreis. Eine Übernahme durch einen Verein würde den Zuschussanteil, da es dann mehr Schüler gibt, auf 30 Prozent absinken, macht Tischendorf deutlich. Die Eltern begrüßen deshalb das Votum des Sonderausschusses ausdrücklich und hoffen, dass der Kreistag dem folgt. Der nämlich entscheidet letztlich, betont Moritz Felgner. Die Beschluss-Empfehlung liegt in der September-Sitzung auf dem Tisch. „Wir hoffen, dass unser Votum einiges Gewicht bei unseren Abgeordneten-Kollegen haben wird“, wünscht er sich. Zumal im Sonderausschuss Vertreter aller Fraktionen mitwirkten. Sie müssen jetzt das Ergebnis der Ausschuss-Arbeit in ihren Fraktionen erörtern.

Landrat Gernot Schmidt (SPD) machte in der Beratung am Dienstagabend deutlich, dass er die Empfehlung nicht mitträgt. Er kündigte an, dass er einen Gegenbeschluss einbringen werde.